

SATZUNG



DECHEMA

Satzung des DECHEMA e.V.

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen:

»DECHEMA Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie e.V.« mit der Kurzbezeichnung »DECHEMA« und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main eingetragen. Der Verein wird im folgenden Gesellschaft genannt.

2. Die Gesellschaft verwendet als geschütztes Logo ein Zahnrad in Verbindung mit einem Erlenmeyer-Kolben und dem Schriftzug »DECHEMA«.
3. Der Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.
4. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.
5. Die Dauer des Bestehens der Gesellschaft ist nicht begrenzt.

§ 2 Ziele und Aufgaben

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts »Steuerbegünstigte Zwecke« der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist
 - 1) die Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Die Gesellschaft verfolgt zum Nutzen der Allgemeinheit – über den Kreis ihrer Mitglieder* hinaus – den Zweck, die Chemische Technik einschließlich der Anlagen- und Apparatechnik, die Biotechnologie, die Umwelttechnik und deren wissenschaftliche und technische Grundlagen umfassend zu fördern und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt auf diesen Gebieten zu dienen. Die Gesellschaft wirkt als unabhängige wissenschaftlich-technische Gesellschaft zum Wohle von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat.
 - 2) die Förderung der Aus- und Fortbildung auf den unter (2)1. genannten Gebieten
 - 3) die Etablierung und Betreuung unselbstständiger Stiftungen
3. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - 1) im Bereich der Förderung von Wissenschaft und Forschung:
 - a) Pflege und Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren aus Wissenschaft, Technik und Staat
 - b) Unterstützung der Forschung und Verbreitung wissenschaftlicher Fortschritte und praktischer Erfahrungen auf den genannten Gebieten sowie den Austausch wissenschaftlicher und technischer Erfahrungen

- c] Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben
 - d] Förderung der industriellen Gemeinschafts-forschung
 - e] Bewilligung von Geldern zur Lösung wissenschaftlicher und technischer Aufgaben
 - f] Übernahme konzeptioneller, koordinierender und administrativer Aufgaben der Forschungsförderung, auch im Auftrag Dritter, soweit diese gemeinnützig sind oder dem öffentlich-rechtlichen Bereich angehören
- 2) im Bereich der Aus- und Fortbildung:
- a] Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses
 - b] Förderung und Unterstützung von Lehre und Ausbildung innerhalb und außerhalb der Hochschulen
 - c] Durchführung von oder Mitwirkung an Veranstaltungen zur beruflichen Fort- und Weiterbildung
 - d] Bewilligung von Geldern für Stipendien
- 3) darüber hinaus in beiden genannten Bereichen:
- a] Durchführung zweckdienlicher Veranstaltungen, insbesondere von Kongressen, Fachtagungen, Symposien, Seminaren, Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen
 - b] Herausgabe von Zeitschriften der Gesellschaft und anderen Publikationen – unter Einschluss aller Informationsmedien – oder Mitwirkung an deren Herausgabe durch Dritte
 - c] Auszeichnung hervorragender Leistungen bedeutender Fachleute und des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses auf den Arbeitsgebieten der Gesellschaft
 - d] Zuwendung von Mitteln an andere, ebenfalls gemeinnützige Körperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Verwendung zu gemeinnützigen Zwecken, die dem Zweck der Gesellschaft gleich oder ähnlich sind
 - e] Treuhänderische Verwaltung selbständiger und unselbständiger Stiftungen, deren Zwecke auch der Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben der Gesellschaft dienen
 - f] Entwicklung, Bereitstellung und Verbreitung von Informationssystemen und Datenbanken allein oder in Zusammenarbeit mit Dritten
 - g] Wahrnehmung der Geschäftsführung für andere gemeinnützige wissenschaftlich-technische Gesellschaften, soweit diese die satzungsgemäßen Aufgaben und Ziele der Gesellschaft unterstützen oder sinnvoll ergänzen
 - h] Förderung der Anerkennung und des Bekanntheitsgrades der von der Gesellschaft vertretenen Fach- gebiete durch Information von Politik, staatlichen Institutionen und Medien

- i] Beratung von Politik und staatlichen Organen und Erarbeitung von Stellungnahmen zu Themen auf den Arbeitsgebieten der Gesellschaft im Sinne ihrer Ziele und Aufgaben
- k] Pflege der nationalen und internationalen Beziehungen und Zusammenarbeit.

§ 3 Mittel und Gemeinnützigkeit

1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Die Gesellschaft entfaltet keinerlei parteipolitische Tätigkeit.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglied der Gesellschaft können natürliche Personen (z.B. aus Forschung, Lehre, Industrie und Behörden), Personenvereinigungen und juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts (Unternehmen, Vereine, Verbände, Institute, Behörden usw.) aus dem In- und Ausland sein, die an den Zielen und Aufgaben der Gesellschaft interessiert sind und bei deren Verwirklichung mitwirken wollen.

Die Mitgliedschaft ist freiwillig.

2. Die Gesellschaft hat persönliche und fördernde Mitglieder.
3. Als persönliche Mitglieder gelten: ordentliche Mitglieder, studentische Mitglieder und Ehrenmitglieder.
4. Als ordentliche Mitglieder der Gesellschaft können Personen aufgenommen werden, die das Studium oder die Berufsausbildung bereits abgeschlossen haben oder im Berufsleben stehen.
5. Als studentische Mitglieder können Personen aufgenommen werden, die das Studium oder die Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen haben. Die studentische Mitgliedschaft geht automatisch in eine ordentliche Mitgliedschaft über, wenn die Voraussetzungen für eine studentische Mitgliedschaft nicht mehr gegeben sind.
6. Zu Ehrenmitgliedern kann der Vorstand hervorragende Förderer der Arbeitsgebiete der Gesellschaft ernennen. Die Ernannten brauchen nicht Mitglieder der Gesellschaft zu sein. Die Ehrenmitglieder haben alle Rechte der ordentlichen Mitglieder ohne deren Pflichten.
7. Fördernde Mitglieder der Gesellschaft können Personenvereinigungen und juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden. Jedes fördernde Mitglied hat eine ihm angehörende natürliche Person als seinen Vertreter zu benennen.

§ 5 Anträge auf Mitgliedschaft

1. Die Anträge zur Aufnahme als Mitglied sind in Textform an die Geschäftsstelle der Gesellschaft zu richten. Mit der Abgabe des Antrags auf Mitgliedschaft besteht nicht automatisch ein Anrecht auf Mitgliedschaft.
2. Die Aufnahme wird dem Mitglied von der Geschäftsstelle mitgeteilt.

§ 6 Rechte der Mitglieder

1. Alle Mitglieder der Gesellschaft haben die gleichen Rechte. Keine natürliche oder juristische Person hat Anspruch auf irgendwelche Vorrechte.
2. Alle Mitglieder erhalten jährlich den Tätigkeitsbericht und regelmäßige Informationen über die Aktivitäten der Gesellschaft.
3. Die Mitglieder haben das Recht auf Auskünfte seitens der Gesellschaft in allen Angelegenheiten der wissenschaftlich- technischen Arbeit auf den Tätigkeitsgebieten der Gesellschaft, soweit dies nicht durch gesetzliche Vorschriften eingeschränkt wird. Für umfassendere Informationen und Leistungen kann die Gesellschaft Gebühren festsetzen.
4. Alle Mitglieder sind berechtigt, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen.
5. Alle Mitglieder besitzen das Wahlrecht.
6. Alle Mitglieder sind berechtigt, der Mitgliederversammlung Anträge zu unterbreiten. Diese Anträge müssen der Geschäftsstelle spätestens 8 Wochen vor einer Mitgliederversammlung vorliegen.

§ 7 Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind gehalten, die Gesellschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben aktiv zu unterstützen.
2. Die Mitglieder sind an die Regelungen der Satzung und die Beschlüsse der Organe der Gesellschaft gebunden.

§ 8 Mitgliedsbeiträge

1. Die Mitgliedsbeiträge werden jährlich jeweils für das kommende Geschäftsjahr auf Empfehlung des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung festgelegt und sind nach Eingang der Beitragsrechnung bis zum 31. März zu zahlen. Neben dem Mitgliedsbeitrag ist die Erhebung von Zusatzbeiträgen für die Mitgliedschaft in bestimmten Gremien möglich. Mit der Beitragsrechnung erhält jedes Mitglied eine Mitgliedskarte.
2. Erfolgt der Eintritt eines Mitgliedes im Laufe eines Geschäftsjahres, so ist der Beitrag für das laufende Geschäftsjahr voll zu entrichten.
3. Der Beitrag ist pünktlich und gebührenfrei an die Geschäftsstelle zu entrichten. Die mit einem Erinnerungsschreiben verbundenen Kosten gehen zu Lasten des Mitglieds.
4. Die Ehrenmitglieder (§ 4, (6)) sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 9 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Verweigerung der Beitragszahlung, Ausschluss oder Tod, bzw. durch Verlust der Rechtsfähigkeit oder Auflösung einer juristischen Person.
2. Ein Mitglied kann zum Ende eines Geschäftsjahres aus der Gesellschaft austreten, wenn die schriftliche Kündigung der Mitgliedschaft mindestens 2 Monate vorher bei der Geschäftsstelle eingegangen ist.
3. Die Mitgliedschaft endet mit sofortiger Wirkung, wenn trotz eines Erinnerungsschreibens und nach schriftlicher Ankündigung des Ausschlusses der Jahresbeitrag nicht gezahlt wird.

4. Ein Mitglied kann durch den Vorstand wegen grober Verletzung der Satzung oder wenn es eine ehrenrührige oder strafbare Handlung begangen hat oder wenn über das Vermögen einer juristischen Person die Insolvenz eröffnet worden ist, ausgeschlossen werden. Dem auszuschließenden Mitglied muss Gelegenheit gegeben werden, sich vor der Beschlussfassung dem Vorstand gegenüber zu äußern. Die Aufforderung hierzu sowie der Ausschließungsbeschluss sind dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen.
5. Der freiwillige Austritt oder der Ausschluss aus der Gesellschaft hebt die Verpflichtung zur Zahlung fälliger Mitgliedsbeiträge nicht auf und gewährt keinerlei Ansprüche auf Erstattung gezahlter Beiträge.

§ 10 Organe der Gesellschaft

1. Die Angelegenheiten der Gesellschaft besorgen:
 - a) die Mitgliederversammlung,
 - b) der Vorstand,
 - c) der Vorsitzende,
 - d) die Ausschüsse des Vorstandes,
 - e) die Fachgremien,
 - f) die Geschäftsführung

Alle Personen, die Ämter der unter 1 b) – e) genannten Organe bekleiden, sind ehrenamtlich tätig. Ausgaben, die ihnen mit der Ausübung des Amtes erwachsen, können von der Gesellschaft erstattet werden.

§ 11 Mitgliederversammlung

1. Alljährlich findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Einladung hat mindestens 6 Wochen vorher in Textform durch die Geschäftsstelle unter Angabe von Ort und Tag der ordentlichen Mitgliederversammlung und Mitteilung der Tagesordnung und der gestellten Anträge (§ 6 (6), § 11 (9), (10) und (12)) zu erfolgen.

Mitgliederversammlungen können als Präsenzveranstaltung oder virtuell durchgeführt werden. Wahlen und Abstimmungen sind ebenfalls virtuell möglich, es gelten hierbei die in der Satzung geregelten Mehrheitserfordernisse.

2. Die Zuständigkeit der ordentlichen Mitgliederversammlung umfasst insbesondere folgende Punkte:
 - a) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung über das abgelaufene Geschäftsjahr,
 - b) Beschlussfassung über Jahresbericht und Jahresrechnung mit Erteilung der Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung,
 - c) Wahl zweier Rechnungsprüfer,
 - d) Beschlussfassung über den Haushaltsplan für das kommende Jahr,
 - e) Festsetzung des Jahresbeitrages,

f] Beschlussfassung über außerordentliche Ausgaben,

g] Vorstandswahl,

h] Beschlussfassung über die vom Vorstand oder den Mitgliedern eingebrachten Anträge.

Über diese Punkte ist auf jeder ordentlichen Mitgliederversammlung zu beschließen.

3. Jedes Mitglied ist berechtigt, sich in der Mitglieder-versammlung durch ein anderes Mitglied vertreten zu lassen und dieses zur Stimmabgabe zu bevollmächtigen. Die schriftliche Vollmacht muss spätestens zwei Tage vor der Mitgliederversammlung bei der Geschäftsstelle eingegangen sein.
4. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefasst, soweit die Satzung nicht etwas anderes bestimmt. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
5. Das Protokoll über die ordentliche Mitgliederversammlung ist vom Protokollführer sowie vom Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter (vgl. § 12, (9)) und einem weiteren Mitglied der Gesellschaft, das teilgenommen hat, zu unterzeichnen und im Archiv der Gesellschaft zu verwahren.
6. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können vom Vorsitzenden jederzeit einberufen werden, wenn es die Interessen der Gesellschaft erfordern.
7. Die schriftliche Ankündigung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung muss unter Angabe der Tagesordnung mindestens 4 Wochen vor dem Versammlungstermin erfolgen.
8. Auf schriftlichen Antrag eines Fünftels der zum 1. Januar des laufenden Jahres vorhandenen Mitglieder ist der Vorsitzende innerhalb von sechs Wochen nach Eingang dieses Antrags verpflichtet, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Jedoch muss der Antrag eine begründete Darstellung der beantragten Beratungsgegenstände enthalten.
9. Soweit Anträge auf Änderung der Satzung nicht vom Vorstand ausgehen, müssen sie von mindestens einem Fünftel der zum 1. Januar des laufenden Jahres vorhandenen Mitglieder durch Unterschriften unterstützt und mit schriftlicher Begründung beim Vorsitzenden eingereicht werden.
10. Werden die Anträge auf Satzungsänderung vom Vorstand eingebracht, so beschließt die Versammlung – sei es eine ordentliche oder eine außerordentliche Mitgliederversammlung – mit einer Mehrheit von drei Vierteln der in der Versammlung anwesenden Mitglieder.
11. Beschlüsse über Anträge auf Satzungsänderung von Mitgliedern gemäß (9) bedürfen der Beschlussfassung nicht nur in der ordentlichen Mitgliederversammlung, sondern auch in einer vom Vorsitzenden anzuberaumenden außerordentlichen Mitgliederversammlung, die in der vorgeschriebenen Form unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen ist. Zwischen den Terminen beider Versammlungen muss eine Frist von mindestens drei Monaten liegen.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung findet jedoch nur dann statt, wenn in der ordentlichen Mitgliederversammlung der Antrag von einer Mehrheit von drei Vierteln der in der Versammlung anwesenden Mitglieder angenommen worden ist. Anderenfalls gilt der Antrag als abgelehnt. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung bedarf der Antrag zur Annahme wiederum einer Mehrheit von drei Vierteln der in der Versammlung anwesenden Mitglieder.

12. Änderungen der Satzung aus übergeordneten gesetzlichen oder aus redaktionellen Gründen können ohne Zustimmung der Mitgliederversammlung durchgeführt werden. Über die Änderungen müssen die Mitglieder alsbald informiert werden.
13. Anträge, die nicht durch die satzungsgemäß angekündigte Tagesordnung rechtzeitig bekanntgegeben sind, können nur dann zur Beratung und Beschlussfassung kommen, wenn sie mit Genehmigung des Vorstandes eingebracht werden und die Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung ihre Dringlichkeit mit einfacher Mehrheit anerkennt. Solche Anträge dürfen nicht Änderungen der Satzung oder die Auflösung der Gesellschaft betreffen.

§ 12 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens neun Personen.
2. Der Vorsitzende und der Schatzmeister gelten als Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Jeder ist allein vertretungsberechtigt.
3. Soweit als möglich soll ein Drittel der zu wählenden Mitglieder aus der Wissenschaft, ein Drittel aus der Apparate herstellenden Industrie und ein Drittel aus der Apparate einsetzenden Industrie gewählt werden, unter Berücksichtigung der auf diesen Gebieten arbeitenden Organisationen. Dabei sollen im Vorstand die für die Ziele und Aufgaben der Gesellschaft wichtigen Berufsbilder durch aktiv im Berufsleben stehende Persönlichkeiten angemessen vertreten sein.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Wird von einem Mitglied geheime Wahl beantragt, so ist diesem Antrag zu entsprechen. Als gewählt gelten diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit hat eine Stichwahl zu erfolgen.
5. Die Amtsdauer der gewählten Vorstandsmitglieder beträgt drei Jahre. Sie beginnt mit dem 1. Januar des auf die Wahl folgenden Geschäftsjahres. Wiederwahl ist zulässig, jedoch scheidet alljährlich ohne Rücksicht auf die bisherige Amtszeit in der laufenden Wahlperiode grundsätzlich je ein Vorstandsmitglied – in der Regel das dienstälteste – aus den drei Gruppen Wissenschaft, Apparate herstellende Industrie und Apparate einsetzende Industrie aus. Die Wiederwahl eines aufgrund der vorstehenden Bestimmung ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes ist nach Ablauf eines Kalenderjahres seit Ende der Amtszeit zulässig, sofern es im aktiven Berufsleben steht.
6. Die Vorstandsmitglieder bleiben – falls Neuwahlen nicht rechtzeitig

zustande kommen oder angenommen werden – bis zum Antritt der Nachfolger im Amt.

7. Der Vorsitzende sowie der stellvertretende Vorsitzende sind nach Beendigung ihrer Amtszeit für ein weiteres Jahr Mitglied des Vorstandes.
8. Der Vorstand sorgt für die Ausführung der Entscheidungen der Mitgliederversammlung und unterbreitet ihr geeignete Vorschläge zur Förderung der Ziele und Zwecke der Gesellschaft.
9. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden. Weiterhin wählt der Vorstand aus seiner Mitte den Schatzmeister und bis zu drei stellvertretende Vorsitzende. Der Vorsitzende, der Schatzmeister und die Stellvertreter sind für eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt. Sie unterliegen jedoch nicht den Bestimmungen des § 12 (5) bezüglich des Ausscheidens der dienstältesten Mitglieder.
10. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.
11. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er beschließt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
12. In dringenden Fällen können Beschlüsse des Vorstandes auch ohne Sitzung auf schriftlichem oder elektronischem Wege (z.B. per Fax oder E-Mail) oder anlässlich von Telefonkonferenzen herbeigeführt werden, wenn außer dem Vorsitzenden noch ein zweites Vorstandsmitglied damit einverstanden ist. In diesen Fällen werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Vorstandsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Für die Protokollierung gilt (14) entsprechend.
13. Die von der Mitgliederversammlung (§11 (2) c) für das jeweils folgende Geschäftsjahr gewählten Rechnungsprüfer nehmen an den Sitzungen des Vorstandes als Gäste teil. Sie dürfen nicht Angestellte der Gesellschaft sein.
14. Über jede Vorstandssitzung ist ein Protokoll anzufertigen. Dieses ist vom Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und dem Protokollführer zu unterschreiben und im Archiv der Gesellschaft aufzubewahren. Jedem Vorstandsmitglied ist ein Exemplar des Protokolls zuzustellen.

§ 13 Vorsitzender

1. Dem Vorsitzenden obliegt die Erledigung aller Angelegenheiten, soweit sie nicht der Beschlussfassung der ordentlichen Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Mit der Erledigung bestimmter Aufgaben kann er eines oder mehrere Mitglieder des Vorstandes verantwortlich betrauen. Insbesondere überwacht er die Geschäftsführung der Gesellschaft, leitet die Mitgliederversammlungen, die Sitzungen des Vorstandes und setzt die Tagesordnungen fest.
2. Der Vorsitzende beruft die Mitglieder der vom Vorstand eingesetzten Ausschüsse und ernennt die Ausschussvorsitzenden.

3. Der Vorsitzende kann als stimmberechtigtes Mitglied an allen Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen.

§ 14 Ausschüsse des Vorstands

1. Der Vorstand ist berechtigt, aus dem Kreis der Mitglieder und ausnahmsweise auch unter Zuziehung von Nichtmitgliedern für die Lösung der verschiedenen Aufgaben der Gesellschaft Ausschüsse zu bilden.
2. Die Arbeit in den Ausschüssen ist vertraulich. Die Einzelheiten ihrer Arbeitsweise können in einer Geschäftsordnung geregelt werden, die der Genehmigung durch den Vorstand der Gesellschaft bedarf.
3. Der Vorstand überwacht die Arbeiten der Ausschüsse und fordert von Zeit zu Zeit Arbeitsberichte von ihnen an.
4. Über die Durchführung der Aufgaben, die den Ausschüssen übertragen worden sind, sind dem Vorstand schriftliche Berichte vorzulegen, die sie der nächsten Mitgliederversammlung zur Kenntnis bringen kann.
5. Bei Abstimmung in den Ausschüssen entscheidet die einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Ausschussvorsitzenden.

§ 15 Fachgremien

1. Zur Pflege und Förderung fachspezifischer Teilgebiete können die Mitglieder Fachgremien bilden
2. Die Mitgliedschaft in den Fachgremien steht allen interessierten Mitgliedern der Gesellschaft offen. In begründeten Ausnahmefällen – z.B. bei Zusammenarbeit mit anderen Gesellschaften kann der Koordinierungskreis auf Antrag der Fachgremien beschließen, in den Fachgremien auch Fachkollegen zuzulassen, die nicht Mitglied der Gesellschaft sind.
3. Weitere Einzelheiten der Arbeitsweise und Organisation der Fachgremien werden in einer Geschäftsordnung geregelt, die der Genehmigung durch den Vorstand der Gesellschaft bedarf.

§ 16 Geschäftsführung

1. Zur Verwaltung der Gesellschaft unterhält diese eine Geschäftsstelle, die von einem Geschäftsführer geleitet wird, der vom Vorstand der Gesellschaft berufen wird oder – unbeschadet der ihm vertraglich zustehenden Rechte – abberufen werden kann und mit dem der Vorsitzende der Gesellschaft einen Dienstvertrag abschließt.
2. Der Vorstand der Gesellschaft kann weitere Geschäftsführer oder stellvertretende Geschäftsführer berufen.
3. Die Geschäftsführung leitet die Geschäftsstelle nach einer vom Vorsitzenden und dem Schatzmeister der Gesellschaft erlassenen Geschäftsordnung.

Der/die Geschäftsführer stellen die Angestellten der Geschäftsstelle ein, soweit sie dazu im Rahmen des Haushaltsplanes und der

Geschäftsordnung ermächtigt sind, oder können sie – unter Beachtung des geltenden Arbeitsrechtes – entlassen. Sie vertreten die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich in allen Angelegenheiten der laufenden Geschäfte als besondere Vertreter im Sinne des § 30 BGB.

4. Der Vorstand der Gesellschaft kann durch Beschluss einen oder mehrere der Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.
5. Die Geschäftsführung ist dem Vorstand und der Mitgliederversammlung gegenüber verantwortlich.

§ 17 Auflösung der Gesellschaft

1. Anträge auf Auflösung der Gesellschaft sind in einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliederversammlung zu behandeln. Sie bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der in der Versammlung anwesenden Mitglieder. Es bedarf stets einer zweiten Mitgliederversammlung.
2. Soweit Anträge auf Auflösung der Gesellschaft nicht vom Vorstand ausgehen, müssen sie von mindestens einem Fünftel der zum 1. Januar des laufenden Jahres vorhandenen Mitglieder durch Unterschriften unterstützt und mit schriftlicher Begründung beim Vorsitzenden des Vorstandes eingereicht werden.
3. Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft an die Max-Buchner-Forschungsstiftung, Frankfurt am Main, oder sofern diese nicht mehr besteht oder nicht mehr als gemeinnützig anerkannt ist, an die GDCh – Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V., Frankfurt am Main. Falls diese nicht mehr besteht oder nicht mehr als gemeinnützig anerkannt ist, fällt das Vermögen an die Johann-Wolfgang-Goethe-Stiftungsuniversität in Frankfurt am Main, in jedem Falle mit der Auflage, das Vermögen ausschließlich und unmittelbar auch weiterhin für gemeinnützige Zwecke, die dem bisherigen Vereinszweck möglichst nahestehen, zu verwenden.

§ 18 Übergangsbestimmungen

1. Diese Satzung tritt mit erfolgter Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Satzung der Gesellschaft in ihrer Fassung vom 25. November 2011.
2. Der Vorsitzende ist berechtigt, formale Änderungen der Satzung, wie sie z.B. im Zuge der Eintragung in das Vereinsregister oder auf Verlangen des Finanzamtes möglicherweise erforderlich werden, durchzuführen. Über diese Änderungen berichtet der Vorsitzende in der nächsten Mitgliederversammlung.
3. Erfüllungsort für alle aus der Satzung sich ergebenden Rechtsgeschäfte ist Frankfurt am Main.

WWW.DECHEMA.DE



DECHEMA

Gesellschaft für Chemische Technik
und Biotechnologie e.V.

Theodor-Heuss-Allee 25
D 60486 Frankfurt am Main